

31/SBI
vom 12.05.2020 zu 18/BI (XXVII. GP)
= Bundesministerium bmk.gv.at
 Klimaschutz, Umwelt,
 Energie, Mobilität,
 Innovation und Technologie

BMK - I/PR3 (Recht und Koordination)
pr3@bmk.gv.at

An die
 Parlamentsdirektion
 Zu Hd. Herrn Mag. Gottfried Michalitsch
 Parlament
 1017 Wien

Petra Farthofer
 Sachbearbeiter/in
petra.farthofer@bmk.gv.at
 +43 (1) 71162 65 7405
 Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien
 Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung
 der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-
 Adresse zu richten.

Geschäftszahl: 2020-0.185.954

Wien, 12. Mai 2020

Betreff 18/BI

Das Bundesministerium für Klimaschutz beeindruckt sich zu der übermittelten Bürgerinitiative be treffend „Gegen die Breitspurbahn in unserer Region“ folgende Stellungnahme abzugeben:

Derzeit wird eine Strategische Prüfung – Verkehr (SP-V) für das Vorhaben in Österreich für den österreichischen Abschnitt durchgeführt.

Die derzeit laufende SP-V bzw. die darauf möglicherweise folgende Hochleistungs-Streckenverordnung der Bundesregierung würde zunächst nur dazu dienen, die Grundlage für potenziell nachfolgende Planungsverfahren auf österreichischem Staatsgebiet zu bilden, wobei die in der Bürgerinitiative angesprochenen Aspekte der Auswirkungen auf Menschen, biologische Vielfalt der Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft sowie Sach- und Kulturgüter einer eingehenden Prüfung zu unterziehen wären. Von einer tatsächlichen Baugenehmigung wäre man jedenfalls noch weit entfernt.

Ausgangspunkt für die Einleitung der SP-V unter meinem Vorgänger Bundesminister Norbert Hofer im Jahr 2018 war die Hypothese, dass das Eisenbahnnetz im 1520mm Standard vom jetzigen Endpunkt bei Košice bis zur Staatsgrenze zwischen Österreich und der Slowakei bei Bratislava/Kittsee verlängert wird. Im Rahmen des Umweltberichts wurden neben der Nullalternative (keine Errichtung einer Infrastruktur in Österreich sowie Terminal der Breitspur in der Slowakei) fünf Standardalternativen und ihre Auswirkungen auf die Umwelt, die Wirtschaft und die soziale Entwicklung im Sinne eines Nachhaltigkeitsmodells untersucht und dargestellt.

Darüber hinaus wurden verkehrliche Auswirkungen und Kontextmaßnahmen analysiert. Abschließend kam die Initiatorin ÖBB Infrastruktur AG zum Schluss, einen Verknüpfungspunkt bei Wien in der Nähe des bestehenden Zentralverschiebebahnhofs Kledering zu empfehlen.

Die Region Neusiedlersee wäre in keinem Falle von den untersuchten Alternativen konkret betroffen, eine Gefährdung des UNESCO Weltkulturerbe Gebietes und damit verbundener Na-

tura 2000 Schutzgebiete wäre gemäß den vorliegenden Informationen im Umweltbericht ausgeschlossen. Der Umweltbericht wurde veröffentlicht und kann auf der Internetseite des BMK unter www.bmk.gv.at/spv eingesehen werden.

Derzeit werden die Ergebnisse der SP-V, des Umweltberichts und Rückmeldungen aus der Beteiligungsphase ausgewertet.

Das Regierungsprogramm hält fest, dass der österreichische Mobilitätssektor nach ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen auszurichten ist. Die Stellungnahmen der Gemeinden und Regionen werden auch in diesem Sinne entsprechende Berücksichtigung finden.

Für die Bundesministerin:

Mag. Christa Wahrmann